

**AUSZUG AUS DEM
STENOGRAPHISCHEN PROTOKOLL**

**der 42. Sitzung der
XVIII. Gesetzgebungsperiode
des
Burgenländischen Landtages**

Donnerstag, 25. März 2004

10.12 Uhr - 17.50 Uhr

Tagesordnung

1.

2.

3. *Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken geändert wird, zugestimmt wird*

4.

5.

6.

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses über den Beschlussantrag (Beilage 686), mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken geändert wird, zugestimmt wird (Zahl 18 - 425) (Beilage 699)

Berichterstatte r: S t a c h e r l (S. 5843)

Annahme des Beschlussantrages (S. 5843)

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Beschlussantrag (Beilage 686), mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken geändert wird, zugestimmt wird (Zahl 18 - 425) (Beilage 699)

Dritter Präsident **Dr. Moser:** Wir kommen nun zum 3. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses über den Beschlussantrag, Beilage 686, mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken geändert wird, zugestimmt wird, Zahl 18 - 425, Beilage 699.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Stacherl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter **Stacherl:** Herr Präsident! Hohes Haus! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss hat den Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken geändert wird, zugestimmt wird, in seiner 32. Sitzung am Mittwoch, dem 17. März 2004, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Mein Antrag wurde ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken geändert wird, wird gemäß Art. 83 Abs. 2 L-VG zugestimmt.

Dritter Präsident **Dr. Moser:** Wortmeldungen liegen keine vor, der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort. (*Abg. Stacherl: Ich verzichte!*)

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken geändert wird, wird gemäß Art. 83 Abs. 2 L-VG einstimmig zur Kenntnis genommen.